

Bruch zwischen Mahathir und Anwar?

In der letzten Zeit hat die inländische und regionale Presse viele Spekulationen über einen Bruch zwischen dem Premierminister Mahathir Mohamad und seinem Stellvertreter Anwar Ibrahim verbreitet. Während die einheimische Presse inzwischen einen solchen verneint, spekuliert die regionale weiter. Die Spekulationen beruhen auf den Ergebnissen der Wahlen von Parteiposten in 165 Bezirken der malaiischen Regierungspartei UMNO Baru. Der Ausgang dieser Wahlen wird einen großen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung und das Ergebnis der Wahl der Parteispitze auf dem Parteitag im nächsten Jahr haben. Die Anhänger Anwars waren sehr erfolgreich in den Bezirken. Viele wichtige Anhänger Mahathirs wurden in höchst zugespitzten Situationen herausgefordert. Unter ihnen waren der Schatzmeister der Partei und die rechte Hand Mahathirs, Daim Zainuddin, ein ehemaliger Landwirtschaftsminister und Mahathirs Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in seinem Heimat-Bundesstaat Kedah, Sanusi. Beide verloren, ob-

gleich Mahathir ausdrücklich sich mit der Bitte an die Partei gewandt hat, deren Kandidatur zu unterstützen.

Das Ergebnis macht Mahathir bei einer Herausforderung durch Anwar bei der Wahl zum Parteivorsitz im nächsten Jahr verletzbar. Obgleich Mahathir versuchte die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es keinen Bruch gäbe, kündigte er am 6. Oktober an, daß eine Ad'hoc Sonderkommission gebildet werden würde, um Vorschläge für die Veränderung des Parteienstatuts und der Wahlordnung zu erarbeiten. Die Kommissionsmitglieder wurden persönlich von Mahathir ausgesucht und sind alle seine alten Anhänger. Vermutlich wird sie die Abschaffung eine Regel vorschlagen, wonach der Kandidat bei Wahlen auf dem Parteitag für Parteiämter jeweils automatisch 10 Stimmen pro Nominierung durch einen Bezirk erhält. Diese Regelung wurde 1987 auf Mahathirs Initiative eingeführt, um seine Position gegenüber dem damaligen Herausforderer Tengku Razeleigh abzusichern. Möglicherweise wird die Kommission auch vorschla-

gen, daß Wahlen zu den höchsten Parteiämtern nur alle fünf Jahre als wie bisher alle drei Jahre stattfinden sollten. Was immer sie vorschlägt, ihre Berufung wird als deutliches Signal gesehen, daß Mahathir unruhig ist.

Die Ungeduld von Anwars Anhängern wird als Folge davon gesehen, daß Mahathir den Kreis seiner Günstlinge nicht vergrößert hat. Für viele könnte ein Aufstieg Anwars die Chance für eine lange verzögerte Beförderung bedeuten und den Zugang zu einigen der lukrativen Regierungsaufträge, die Mahathir augenblicklich an seine eigene, bevorzugte kleine innere Elitegruppe vergibt. Obgleich auch Anwar selbst Probleme verneint, erinnert man sich in Malaysia, daß seinerzeit 1993 die Situation genauso war, als Anwar ohne Schwierigkeit den damaligen stellvertretenden Premierminister, Ghafar Baba, stürzte. Selbst wenn keine Herausforderung stattfindet, so meinen Beobachter, wird Anwars Gruppe auf diesem Hintergrund mit Mahathir verhandeln, daß er sich eher früher als später zurückzieht.

vgl. Sun 15.10.95; NST 20.9., 16.10.95; AW 27.10.95

Ergänzungen zum Enteignungsgesetz?

Das Gesetz über Landenteignung (Land Acquisition Act) wird voraussichtlich in naher Zukunft erneut verändert. Das Gesetz wurde 1991 bereits in umstrittener Weise geändert, um den Regierungen der Bundesstaaten die Inanspruchnahme von Land für jeglichen Zweck, den sie als "öffentliches Interesse" definieren, zu ermöglichen. Kampagnen gegen dieses Gesetz nährten sich aus zahlreichen Fällen, bei denen malaiische und andere Gemeinden aus ihren Heimatorten verdrängt wurden, um Platz für Entwicklungsprojekte zu machen wie z.B. private Krabbenzucht, Golfplätze und private Wohnanlagen. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Penang Housing Development Association hätten einige Bundesstaaten Land enteignet, ohne sich an den Geist des Gesetzes zu halten.

Der erste Entwurf der Änderungsvorschläge zur näheren Definition von "öffentlichen Interessen" wurde vom Bundeskabinett zur weiteren Beratung zurückgegeben. Es ist aber damit zu rechnen, daß dieser Passus im nächsten Jahr enger gefaßt wird. Damit könnte der schlimmsten Mißbrauch verhindert werden. Kritiker der bisherigen Fassung haben gefordert, daß eine Änderung dem Landbesitzer ermöglichen muß, die Entscheidung über eine Enteignung anzufechten. Zur Zeit kann nur die Entscheidung über die Höhe der Entschädigung angefochten werden.

Die Stellung der Ureinwohner der malaiischen Halbinsel, der Orang Asli, spielt dabei ebenfalls eine Rolle. Sie haben Unterstützung von der Anwaltskammer zugesagt bekommen, die das Gesetz zu den Ureinwohnern (Aboriginal Peoples Act) geändert sehen wollen. Der Abschnitt 6 (3) dieses Gesetzes gibt den Landesregierungen die unkontrollierte Möglichkeit, sich das Land der Orang Aslis anzueignen, meist mit nur einem Minimum an Entschädigung. Angesichts der eskalierenden Wertsteigerung und dem Mangel an Land wird die Frage der Sicherheit von Landeigentum immer wichtiger.

vgl. NST 6.11.95; Star 17.11.95

Umweltgesetze und Überschwemmungen

Änderungsvorschläge der Umweltgesetzgebung sehen vor, daß die Entwicklung von Golfplätzen, Berghängen und ehemaligen Bergbaugebieten einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden müssen. Die Landesregierungen haben einer Durchsetzung zugestimmt. Die Besorgnis über solche Entwicklungsprojekte sind seit Zunahme von Erdbeben und Überschwemmungen gewachsen. Es gab Tode in Genting, die Straße nach Cameron Highlands wurde gesperrt und Überschwemmungen in Penang kosteten die Landesregierung M\$ 4,8 Mio.. Sie werden von Organisationen wie der Consumers' Association of Penang (CAP) auf illegale und unkontrollierte Abholzungen von Berghängen zurückgeführt.

vgl. Sun 25.10.95, NST 26.10.95; Utusan Konsumer Nov. 95



Überschwemmungen in Penang

aus: ALIR Vol. 15(8), S.19

Regierung zum Tod von Arbeitsmigranten

Der Regierung wird vorgeworfen, die Hintergründe über 49 Todesfälle von ausländischen Migranten und die Mißhandlung von Hunderten in Internierungslagern wie Semeniyih (vgl. SOAI 3/95, S. 45) verschleiern zu wollen. Anstatt Maßnahmen zu ergreifen, um die Bedingungen in den Lagern zu verbessern und die verantwortlichen Missetäter vor Gericht zu stellen, hat sich die Regierung darauf konzentriert die Nicht-Regierungsorganisation, *Tenaganita*, die Beweise über die Vorfälle dokumentiert hat, zu untersuchen.

Am 1. September hat der für das Lager Semeniyih verantwortliche Polizeioffizier eine Anzeige gegen *Tenaganita* wegen übler Nachrede erstattet. Der Generalinspekteur der Polizei drückte seine Sympathie mit diesem Vorgehen aus: "Ich persönlich finde, daß die Vorwürfe in dem Memorandum (von *Tenaganita*) Offiziere hineingezogen haben." Als Folge wurden *Tenaganita*-Mitarbeiter/innen mehrere Stunden lang ausgefragt - nach Angaben der Anwälte verhört -, wobei die Polizei besonders an den Namen der mehr als

300 Internierten interessiert waren, deren Aussagen in dem Memorandum dokumentiert worden sind. *Tenaganita* hat sich geweigert, die Namen weiterzugeben, aus Besorgnis, was mit den Leuten passieren könnte, und fordert die Einsetzung eines unabhängigen Untersuchungsgerichtes, dem sie die Namen nennen würde.

Die Anwaltskammer kommentierte, "die stattfindenden Ermittlungen gegen *Tenaganita* sind völlig ungerechtfertigt und wirken wie Einschüchterungen. Wir sind sehr beunruhigt darüber, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit nun von den entsetzlichen Bedingungen und den Todesfällen in den Internierungslagern der Einreisebehörde abgelenkt wird."

Inzwischen hat die Regierung angekündigt, sie würde ein unabhängiges Komitee zur Untersuchung der Beschwerden und der Bedingungen in den Lagern einrichten. Bei Veröffentlichung der Namen der Mitglieder waren die meisten bekannt für ihre Nähe zur Polizei und zur Regierung und es war kein Vertreter von *Tenaganita* dabei.

vgl. Star 13.9.95; ALIR Vol. 15, No.8

Kindergärten, damit mehr Frauen arbeiten

Nach Aussagen des stellvertretenden Ministers für "human resources" müssen möglicherweise Arbeitgeber demnächst Betriebskindergärten einrichten, wenn sie ausländische Arbeitskräfte einstellen wollen. Damit würden mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt gelockt werden und die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften vermindert. Die Erklärung wurde von Frauen-

gruppen verhalten begrüßt. Sie wiesen darauf hin, daß bei solch einer Initiative auch auf ausreichende Ausstattung und Sicherheit geachtet werden müsse. Einige halten Kindergärten in Wohngebieten für praktischer und wünschenswerter. Es gibt über eine Million ausländische Arbeiter in Malaysia, die über 10 % der Beschäftigten ausmachen.

vgl. NST 30.10.95

Staatsverwaltung für Traditionelles Land ?

Traditionelles Land der Ureinwohner (Native Customary Land - NCL) in Sarawak soll nach Vorschlägen der Landesregierung von Organen des Bundesstaates verwaltet werden. Sie drängt die indigene Bevölkerung dazu, "ihre veralteten Praktiken abzulegen", und möchte, daß diese indigenen Gemeinden ihr Land einem der Organe des Bundesstaates unterstellen, das als "Aufsichts- und Management-Agentur" fungieren würde, um solches Land modernen, kommerziellen Nut-

zungen zuzuführen. Ihr Ziel ist 10.000 ha in den nächsten 6 Monaten.

Das NCL stand im Mittelpunkt von Auseinandersetzungen über Holzeinschlag und andere Nutzungen des Landes. Indigene Gemeinden haben wiederholt dagegen protestiert, daß ihr Recht auf ihr Land nicht berücksichtigt und vieles Land zerstört würde. Etwa 500 Menschen aus diesen Gemeinden sind wegen solcher Proteste seit 1988 verhaftet worden.

vgl. NST 1., 6.11.95



Atempause für Wohlstandswachstum?

aus: ALIR Vol. 15(8), S.2

Konjunktur verzögert Mega-Projekte?

Die Regierungspolitik könnte zur Dämpfung des Wirtschaftswachstums, das in diesem Jahr mit 9,6 % geschätzt wird, eine Verzögerung der Durchführung von Mega-Projekten vornehmen. Das wurde vom Finanzminister und stellvertretenden Premierminister Anwar Ibrahim in seiner Haushaltsrede am 27. Oktober bekannt gegeben. Die Wirtschaftskonjunktur sei gefährlich nahe an einer Überhitzung mit einem Wachstum von jährlich über 8 % seit 1988. Das augenblicklich zu erwartende Zahlungsbilanzdefizit ist mit US\$ 7 Mrd., das sind 9 % von Malaysias Bruttoinlandsprodukt, sehr hoch. Ein Her-

unterfahren von Mega-Projekten wie das geplante M\$ 20,1 Mrd. Putrajaya-Projekt - der Bau einer 14.780 ha großen neuen Stadt als Regierungssitz etwa 28 km außerhalb von Kuala Lumpur - und dem Bau des M\$ 17 Mrd. Bakun-Damms in Sarawak, würde ein Defizit verringern und die Nachfrage eindämmen. Allerdings sind Kritiker skeptisch über solche Möglichkeiten. Sie bemerken, daß solche Projekte lukrative Profitquellen für Premierminister Mahathir nahestehende Personen und Firmen sind und daß dieser sehr an ihrer Fertigstellung interessiert sei.

vgl. AW 17.11.95

Protest gegen französische Atomversuche

Die Führer aller 25 politischen Parteien Malaysias haben am 25.10. gemeinsam ein Memorandum an die französische Regierung unterschrieben, in dem sie gegen die Atomversuche protestieren und alle Länder auffordern, den Stopp solcher Tests zu fordern sowie für einen vollständigen, weltweiten Abbau aller Nukle-

araffen zu arbeiten. Es war das erstmal, daß alle Parteiführer sich zu solch einer Initiative zusammengetan haben. 32 Nicht-Regierungsorganisationen unterzeichneten ebenfalls eine Protestnote gegen die französischen Atomversuche, die der Botschaft Frankreichs in Kuala Lumpur überreicht wurde.

vgl. NST 26.10.95

HIV und Aids

Nach Angaben vom Amt des Premierministers leben in Malaysia 13.642 HIV-Infizierte. 226 sind bisher an Aids gestorben. 1994 gab es einen Zuwachs von 20 % bei HIV-Infizierten. Von den Betroffenen sind 70 % ethnisch Malaien und 90 % drogenabhängig.

vgl. NST 10.11.95

Flußverschmutzung

Nach Angaben des Ministers für Wissenschaft, Technik und Umwelt sind zwei Drittel aller Flüsse in Malaysia verschmutzt, und die Wasserqualität in den

noch nicht verschmutzten Flüssen verschlechtert sich zusehends. Der Minister forderte die Landesregierungen auf, die Gesetze gegen Umweltverschmutzer anzuwenden und in Kläranlagen zu investieren sowie die Entwicklung von Wohn- und Industriegebieten stärker zu kontrollieren. Umweltorganisationen wie die Environmental Protection Society (EPSM) drängten darauf, daß örtlich mehr behördliche Anreize für Vorsorgemaßnahmen gegen Umweltverschmutzung angeboten werden, was bisher nicht geschah.

vgl. NST 25.10.95; Star 7.11.95